

## Ergebnis der Sitzung des Gemeinderates vom 23. September 2014

### **Entwicklung der Grundschule Dreiländereck zu einer verpflichtenden Gebundenen Ganztagschule**

Die CDU-Fraktion hatte die Beratung dieses Punktes mit dem Ziel der Klärung des Sachstandes beantragt. Die Rektorin der Grundschule Dreiländereck, Frau Helga Martin, war nach Einladung auf Bitte der CDU-Fraktion in der Sitzung anwesend.

Fraktionsvorsitzender Ollinger begründete den Antrag der CDU-Fraktion und informierte insbesondere über ein von ihm mit Schulleiterin Martin geführtes Gespräch. Herr Ollinger behauptet, dass Frau Martin sich im Verlauf dieses Gesprächs u.a. geäußert habe, dass in der Sache „Gebundene Ganztagschule“ mit dem Bürgermeister Stillschweigen bis nach der Kommunalwahl vereinbart worden sei. Des Weiteren zitierte er aus dem Informationsschreiben des Elternbeirates der Kita Perl vom 22.07.2014. Er wies ausdrücklich auf die erheblichen Auswirkungen der Einführung der Gebundenen Ganztagschule bis in die Familien hinein hin. Nach den der CDU-Fraktion bekannten Informationen in der Angelegenheit bestehe erheblicher Aufklärungsbedarf.

Der Bürgermeister stellte daraufhin in Kürze das Verfahren der Einführung einer gebundenen Ganztagschule wie folgt dar:

1. Beschluss der Gesamtkonferenz der Grundschule.
2. Beschluss der Schulkonferenz der Grundschule.
3. Antrag der Grundschule an die Gemeinde als Schulträger, die Gebundene Ganztagschule beim Ministerium für Bildung und Kultur zu beantragen.

Der Bürgermeister informierte ferner, dass es vor den Sommerferien 2014 in der Sache einen Gesprächstermin mit Frau Hommerding und Herrn Duchene vom Bildungsministerium gegeben habe, in dem die Möglichkeit der Realisierung der Gebundenen Ganztagschule vorgestellt und ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Wahlmöglichkeit für die Eltern hingewiesen worden sei.

Herr Ollinger mahnte insoweit an, dass bereits im Vorfeld eine enge Kooperation der Schule und mit dem Schulträger erfolgen sollte.

Herr Fixemer verwies darauf, dass aus Sicht der SPD-Fraktion keine Entscheidungen gefallen seien und es erst eine Versammlung der Elternvertreter gegeben habe. Er stimmte zu, dass der Gemeinderat informiert werden sollte: jedoch müsse im Gemeinderat erst dann in der Sache beraten werden, wenn klar sei, welche Entscheidung die Schulgremien getroffen haben und eine Beratungsgrundlage vorliege.

Anschließend gab Frau Martin einen Überblick der bisherigen Aktivitäten in der Angelegenheit „Gebundene Ganztagschule“. In einem ersten Gespräch im Frühjahr sei die Frage erörtert worden, ob es in der Gemeinde Perl überhaupt Möglichkeiten der Umsetzung dieses Projektes gebe. Daraufhin habe sie ihr Kollegium informiert. Am 29.09.2014 werde das Lehrerkollegium und Mitarbeiterinnen der Freiwilligen Ganztagschule eine Gebundene Ganztagschule besuchen. Darüber hinaus seien am 30.09.2014 eine Teamsitzung und ein weiterer noch festzulegender pädagogischer Tag in der Schule vorgesehen.

Fraktionsvorsitzender Ollinger stellte fest, dass die Aussage des Elternbriefes, wonach die Eltern des ersten Jahrganges bis zum 15.11.2014 mit der Schulanmeldung eine Entscheidung treffen, welchen Zweig ihr Kind besuchen soll, den Ausführungen der Schulleiterin widersprechen. Er bittet Rektorin Martin eingehend, alle Aktivitäten in Bezug auf die Gebundene Ganztagschule mit dem Schulträger abzustimmen.

In der weiteren Diskussion erklärte Frau Martin, dass der Elternbrief in der Kita Perl ohne ihr Wissen verteilt worden sei. Sie zeigte sich über die Diskussion im Gemeinderat und die unterstellten Vorwürfe ihr gegenüber sehr betroffen und verwehrt sich gegen diese Unterstellungen. Die Schulleiterin stellte die aus ihrer Sicht zu erwartenden Vorteile einer Gebundenen Ganztagschule wie folgt dar: Mehr Zeit zur Vermittlung der Lehrinhalte, mehr Lehrpersonal und mehr Lehrerstunden, Zusammenarbeit von Erzieherinnen mit Lehrkräften.

Auf die Frage von Herrn Schmohl, woher die Idee zur Gebundenen Ganztagschule in Perl komme, äußerte Frau Martin: „Das Angebot kam aus dem Ministerium“.

Im Verlauf der weiteren Diskussion erklärte Fraktionsvorsitzender Fixemer, dass die SPD-Fraktion neue Entwicklungen und Wahlmöglichkeiten der Eltern begrüße. Fraktionsvorsitzender Ollinger erklärte, dass es ihm um eine Abstimmung der Schulentwicklung zwischen Schule und Schulträger gehe. Aufgrund einer Äußerung von Herrn Ollinger, in der von einem konspirativen Verhalten die Rede war, erklärte Herr Fixemer für die SPD-Fraktion: „Frau Martin sagt, dass es nicht der Tatsache entspricht, aufgrund der Kommunalwahl dieses Thema geheim zu halten. Daher kann festgehalten werden, dass es nicht zu „konspirativen“ Absprachen und zur Vertuschung gekommen ist.“

Daraufhin behauptete Herr Ollinger, „dass die Angelegenheit bis nach der Kommunalwahl geheim gehalten werden sollte; dies sei von Frau Martin so geäußert worden“. Er erklärte hierzu ferner, dass das Konspirative sich lediglich auf die Aussage beziehe, dass mit dem Projekt bis nach der Kommunalwahl gewartet werden sollte, bezogen habe.

Der Bürgermeister verwehrt sich gegen den Begriff der Konspiration und verwies darauf, dass letztendlich die Eltern über die Einführung einer Gebundenen Ganztagschule entscheiden werden und es diese bei Ablehnung der Gesamtkonferenz und bzw. oder der Schulkonferenz nicht geben werde. Es habe nie zur Diskussion gestanden, dass alle Kinder eine Gebundene Ganztagschule in Perl besuchen müssen.

Zum Abschluss der Diskussion richtete Herr Ollinger für die CDU-Fraktion die eindringliche Bitte an Frau Martin, ein klärendes Schreiben an die Eltern der Kita Perl (Empfänger des Elternbriefes) zu geben. Herr Fixemer stimmte dem Vorschlag der CDU-Fraktion insoweit zu und empfiehlt, das Gespräch mit Elternvertretern und Schulleitung zu suchen. Auf die Frage an Frau Martin, ob sie das klärende Schreiben verfasse und an die Eltern geben würde, versicherte diese, dass sie insoweit gesprächs- und hilfsbereit sein werde.

### **Endausbau der Straßen im Baugebiet „In dem Gewännchen“ im Ortsteil Oberperl**

Die CDU-Fraktion hatte diesen Tagesordnungspunkt beantragt.

Da der Endausbau des Baugebietes „In dem Gewännchen“ in Oberperl im Rahmen der Haushaltsberatungen 2013/2014 bis in das Haushaltsjahr 2015 verschoben worden war, ist die Entwurfsplanung vom beauftragten Ingenieurbüro Paulus & Partner erst in diesem Jahr erstellt worden. Die weiteren Leistungen wie Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe und Mitwirkung bei der Vergabe können bei Bedarf noch im Haushaltsjahr 2014 abgerufen und erstellt werden. Damit wäre eine Ausschreibung der Maßnahme in einem Schritt oder in zwei getrennten Bauabschnitten zum Jahreswechsel 2014/2015 möglich.

Der Kostenvoranschlag/die Kostenermittlung für das Gesamtprojekt belaufen sich auf rd. 394.000,-- €. In den Haushaltsjahren 2013 bis 2016 sind für diese Maßnahme im Haushalt bzw. Investitionsprogramm insgesamt 320.000,-- € veranschlagt, so dass die Maßnahme wegen fehlender Finanzierung nicht ausgeschrieben werden kann. Die insoweit notwendige Restfinanzierung müsste, je nach Bauabschnitten, im Haushaltsjahr 2015 oder 2016 erfolgen.

Nach kurzer Beratung fasste der Gemeinderat auf Antrag der CDU-Fraktion einstimmig folgenden Grundsatzbeschluss:

Die Ausschreibung soll vorbereitet werden und die Verwaltung wird aufgefordert, einen Finanzierungsvorschlag zur Durchführung der Maßnahme in einem einzigen Bauabschnitt vorzulegen.

### **EU-Förderprogramm LEADER 2014-2020 / Beitritt der Gemeinde zum Verein „Land zum Leben Merzig-Wadern e. V.“**

Der Landkreis Merzig-Wadern und die Kommunen des Kreises streben die Aufnahme in das EU-Förderprogramm LEADER 2014-2020 an. Die Gesellschaft für Infrastruktur und Beschäftigung des Landkreises Merzig-Wadern mbH (GIB) hat mit Schreiben vom 30.06.2014 mitgeteilt, dass im Rahmen des LEADER Prozesses eine lokale Aktionsgruppe (LAG) gegründet werden muss, deren Organisation in der Regel in der Form eines Vereins erfolgt. Für den zu gründenden Verein wurde bereits eine Satzung entworfen, die sowohl vom zuständigen Ministerium als auch vom Amtsgericht geprüft worden ist. Eine Ausfertigung des Satzungsentwurfes ist -außer für die Mitglieder des Finanz- und

Personalausschusses- in der Anlage beigefügt. Die GIB bzw. der Landkreis bitten um Beitritt der Gemeinde Perl in den Verein „Land zum Leben Merzig-Wadern e.V.“

Nach kurzer Beratung beschloss der Gemeinderat nach Empfehlung des Finanz- und Personalausschusses vom 16.09.2014 einstimmig hierzu folgendes:

1. Entsprechend der Empfehlung des Ausschusses stimmt der Gemeinderat dem Vereinsbeitritt zu.
2. Die Verwaltung soll zunächst in der Gemeinderatssitzung die Projekte vorstellen, welche durch das LEADER-Programm gefördert werden können.

**Aufnahme einer Rubrik „Meinungen der Fraktionen“ in das Amtliche Bekanntmachungsblatt /  
Klage der Gemeinde gegen den Widerspruchsbescheid der Obersten Kommunalaufsicht  
vom 14.02.2014**

Der Gemeinderat hatte diese Angelegenheit zuletzt am 15.05.2014 beraten und in getrennten Abstimmungen folgendes beschlossen:

1. Die vorläufig beim Verwaltungsgericht erhobene Klage gegen den Widerspruchsbescheid der Obersten Kommunalaufsichtsbehörde wird bestätigt.
2. Die Gemeinde beauftragt einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung ihrer Interessen und der Begründung der Klage beim Verwaltungsgericht.
3. Hierzu hatte der Gemeinderat auf Vorschlag von Herrn Ollinger beschlossen, Rechtsanwalt Prof. Dr. Kröniger, Saarbrücken, mit der Rechtsvertretung zu beauftragen.

Die Angelegenheit wurde in der Rechtsanwaltskanzlei in Saarbrücken am 11.08.2014 mit Rechtsanwalt Prof. Dr. Kröniger im Beisein des Bürgermeisters und von Vertretern der drei Fraktionen erörtert. Prof. Dr. Kröniger sieht zwar den Antrag der Gemeinde bzw. des Gemeinderates auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand grundsätzlich als begründet an, weist allerdings auf die erheblichen Schwierigkeiten hin, den Widerspruch der Gemeinde gegen den Bescheid der Obersten Kommunalaufsicht zu begründen. Insoweit besteht nach seinen Ausführungen kaum Aussicht auf einen Erfolg der Gemeinde im Klageverfahren beim Verwaltungsgericht.

Nach Einschätzung des Rechtsanwaltes sei die Begründung der Kommunalaufsicht im Bescheid vom 06.09.2013 „nicht ordentlich“ erarbeitet, allerdings spiele dies keine Rolle im Hinblick auf den angestrebten Klageerfolg. Der Beschluss des Gemeinderates vom 28.02.2013 ist aus seiner Sicht rechtswidrig, da er eine uneingeschränkte Veröffentlichungspflicht für den Bürgermeister als Herausgeber des amtlichen Bekanntmachungsblattes festlege.

Aus den genannten Gründen schlägt der Bürgermeister dem Gemeinderat vor, die beim Verwaltungsgericht eingereichte Klage zurück zu nehmen.

Im Verlauf der Beratung bemängelte Fraktionsvorsitzender Keren die Verfahrensweise sowie die aus seiner Sicht unzureichende Rechtsvertretung durch Prof. Dr. Kröniger.

Fraktionsvorsitzender Ollinger erklärte, dass die CDU-Fraktion der Rücknahme der Klage in Bezug auf den amtlichen Teil des Bekanntmachungsblattes zustimmen werde.

Herr Fixemer erklärte, dass die SPD-Fraktion auch für die Rücknahme der Klage sei.

Der Gemeinderat beschloss abschließend mehrheitlich mit 18 Ja-Stimmen bei vier Nein-Stimmen und einer Enthaltung, die beim Verwaltungsgericht eingereichte Klage gegen den Widerspruchsbescheid der Obersten Kommunalaufsichtsbehörde vom 14.02.2014 zurück zu nehmen.

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP auf Aufnahme einer Rubrik „Aus den Fraktionen“ in den nicht amtlichen Teil der „Mosella“**

Nachdem absehbar war, dass die Aufnahme der beantragten Rubrik „Meinungen der Fraktionen“ in das amtliche Bekanntmachungsblatt nicht zustande kommt, haben die Fraktionen von CDU und FDP einen neuen gemeinsamen Beschlussantrag vorgelegt, der auf die Einrichtung einer Rubrik „Aus den Fraktionen“ auf der ersten Seite des nicht amtlichen Teils des Bekanntmachungsblattes „Mosella“ hinzielt.

Der Bürgermeister hatte eingangs der Beratung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass er eine Verständigung auf die von den Fraktionen von CDU und FDP beantragte einvernehmliche Regelung zur Veröffentlichung der angestrebten Rubrik „Aus den Fraktionen“ ablehnt, da er das Amtliche Bekanntmachungsblatt nicht für Parteienpolemik auf Kosten der Bürger missbraucht sehen möchte.

Eingangs der Beratung begründete Fraktionsvorsitzender Ollinger den vorliegenden Antrag und kritisierte im Hinblick auf die ablehnende Haltung des Bürgermeisters, dass insoweit Transparenz aus irgendeinem Grunde nicht sonderlich gewünscht zu sein scheine.

Fraktionsvorsitzender Fixemer erklärte, dass die SPD-Fraktion nach intensiver Diskussion die Meinung gefunden habe, dem Antrag in dieser Form nicht zuzustimmen. Er begründete dies damit, dass die Beschlüsse der öffentlichen Sitzungen nach Veröffentlichung von der Bevölkerung eingesehen werden können und die Ratsmitglieder jederzeit die Möglichkeit hätten, sich zu äußern. In diesem Zusammenhang mahnte er eine sach- und zielorientierte Arbeit im Gemeinderat an und verwies andererseits auf mögliche Nachteile, welche die Einführung der gewünschten Rubrik mit sich bringen könne. Abschließend bat Herr Fixemer die Antragsteller, ihren Antrag zurückzunehmen.

Herr Raczek bittet im Falle der Einführung der gewünschten Rubrik im Bekanntmachungsblatt, den fraktionslosen Mitgliedern des Gemeinderates ebenfalls die Möglichkeit zu geben, sich in dieser Rubrik zu äußern.

Herr Keren erklärte, dass jedes Ratsmitglied die Möglichkeit haben solle, seine Meinung gegenüber der Bevölkerung kund zu tun. Er verwies auf die Veröffentlichungsregelung der Stadt Trier bzgl. der Fraktionen des Stadtrates und darauf, dass es solche Regelungen in mehreren saarländischen Kommunen gebe.

Im Verlauf der weiteren Beratung regte Herr Raczek an, eine Internetplattform zu schaffen, auf der der Gemeinderat und die Bürger ihre Meinung austauschen könnten.

Ratsmitglied Petgen sprach sich für den Fall, dass die gewünschte Rubrik im Bekanntmachungsblatt nicht zustande kommt für eine Internetplattform des Gemeinderates -vorzugsweise mit Unterstützung der Gemeindeverwaltung- aus, auf der das einzelne Gemeinderatsmitglied sich verantwortlich äußern könne.

Der Bürgermeister äußerte abschließend seine Bedenken, dass durch die gewünschte Rubrik im Bekanntmachungsblatt es zu Veröffentlichungen von parteipolitischen Äußerungen in einem offiziellen Dokument kommen werde. Er lehne es ab, dass die „Mosella“ für parteitaktische Auseinandersetzungen missbraucht werde. Nach seinem Dafürhalten bestehe kein Rechtsanspruch der Antragsteller, die Einführung der Rubrik „Aus den Fraktionen“ im nicht amtlichen Teil der „Mosella“ zu verlangen.

Abschließend wurde über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, auf der ersten Seite des nicht amtlichen Teils der „Mosella“ die Rubrik „Aus den Fraktionen“ einzurichten, vom Gemeinderat wie folgt abgestimmt:

Annahme des Antrages mit 15 Ja-Stimmen, bei fünf Nein-Stimmen und drei Enthaltungen.

Der Bürgermeister widersprach diesem von ihm für rechtswidrig gehaltenen Beschluss des Gemeinderates gemäß § 60 Abs. 1 KSVG und richtete die Frage an den Gemeinderat, ob dieser seinen Beschluss weiterhin aufrechterhalten werde.

Die Abstimmung über diese Frage ergab mit 15 Ja-Stimmen, bei fünf Nein-Stimmen und drei Enthaltungen, dass der Gemeinderat seinen soeben gefassten Beschluss zur Aufnahme einer Rubrik „Aus den Fraktionen“ in den nicht amtlichen Teil der „Mosella“ weiterhin aufrechterhält.

Der Bürgermeister wird insoweit die Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 KSVG einholen.

### **Bauleitplanung für den Ortsteil Büschdorf – Bauvoranfrage/Antrag zur Aufstellung einer Satzung nach § 34 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB)**

Die Firma Laux & Meurers, Büschdorf, hatte nach einer Bauvoranfrage für ein Erweiterungsvorhaben zu ihrem Betrieb die Aufstellung einer Satzung nach § 34 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB), eine sogenannte „Abrundungssatzung“ beantragt. Nach zweimaliger Beratung der Angelegenheit im Bau- und Umweltausschuss hat der Ausschuss am 16.09.2014 mehrheitlich beschlossen, dem Gemeinderat die Aufstellung einer entsprechenden Satzung nicht zu empfehlen.

Nach eingehender Beratung lehnte der Gemeinderat den Antrag auf Aufstellung einer Satzung nach § 34 Abs. 4 BauGB mit 14 Nein-Stimmen bei sechs Ja-Stimmen und drei Enthaltungen ab.

Der Antrag der CDU-Fraktion, die Entscheidung über den Antrag der Firma Laux & Meurers auf die Entscheidung über den Flächennutzungsplan zu verschieben, wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen. Die CDU-Fraktion bittet hierzu die Verwaltung, einen Sachstandbericht zum Flächennutzungsplan in der nächsten Gemeinderatssitzung vorzulegen.

### **Aufstellung des Bebauungsplanes „Windpark Östlich Schwarzbruch“ der Gemeinde Mettlach – frühzeitige Beteiligung im Rahmen des Scoping-Verfahrens**

Der Gemeinderat Mettlach hat den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Windpark Östlich Schwarzbruch“ gefasst. Ziel dieses B-Planes ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung von zwei Windenergieanlagen im Bereich östlich des Schwarzbruches.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung führt die Gemeinde Mettlach das sogenannte Scoping-Verfahren durch. Insoweit wurde der Gemeinde Perl Gelegenheit zur Äußerung bzw. Stellungnahme zu dem Entwurf des B-Planes bis 24.09.2014 gegeben.

Eingangs der Beratung zitierte der Bürgermeister bezogen auf das Scoping-Verfahren auszugsweise aus dem Kommentar zu § 4 des Baugesetzbuches (BauGB) und stellte den Verfahrensablauf klar.

Fraktionsvorsitzender Ollinger erklärte, dass die Gemeinde Perl von diesen beiden Windrädern betroffen sei. Es sei eine Abstimmung der beiden benachbarten Gemeinden untereinander vorzunehmen; diese gebe es nach Wissen der CDU-Fraktion nicht. Darüber hinaus werde mit dem geplanten B-Plan für mehrere Ortsteile der Gemeinde Perl die letzte freie Sichtachse mit dem angestrebten Vorhaben durch Windräder verstellt. Herr Ollinger bittet den Gemeinderat, den Antrag der Gemeinde Mettlach abzulehnen und die Bedenken der Gemeinde Perl deutlich darzustellen.

Nach eingehender Beratung beschloss der Gemeinderat auf Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich mit 20 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und zwei Enthaltungen folgendes:

Der Gemeinderat spricht sich insbesondere im Hinblick auf die fehlende Abstimmung in der Bauleitplanung gegen die Aufstellung eines Bebauungsplanes „Windpark Östlich Schwarzbruch“ aus. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass es durch diese Windparkplanung zu einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes in dem betroffenen Bereich der Gemeinde Perl kommen würde. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat die Windkonzentrationszonen aus seinem bisherigen Entwurf des Flächennutzungsplanes zur Windenergienutzung herausgenommen.

### **Information zur Fortführung des „TRILINGUA-Projektes“ in der Grundschule Dreiländereck**

Seit dem 03.12.2012 ist die Sprachassistentin, Frau Monique Lauterfing, mit 35 Wochenstunden in der Grundschule Dreiländereck im Rahmen des „TRILINUA-Projektes“ tätig. Frau Lauterfing ist in der Freiwilligen Ganztagschule (FGTS) 18 Stunden und im Schulunterricht 17 Stunden eingesetzt. Sie spricht Französisch als Muttersprache und bietet auch eine Französisch-AG an.

Der Gemeinderat hatte am 16.12.2011 der Teilnahme der Grundschule Dreiländereck an diesem Projekt zugestimmt. Auf den Verlängerungsantrag der Gemeinde hin ist der ursprünglich bis zum 31.08.2014 begrenzte Projektzeitraum nunmehr bis zum 30.06.2015 verlängert worden. Eine weitergehende Verlängerung des Projektzeitraumes ist nicht mehr möglich.

Der Gemeinderat nahm dies zur Kenntnis.

### **Auftragsvergabe**

Der Gemeinderat beschloss einstimmig bei einer Enthaltung die Vergabe der Malerarbeiten zur Erweiterung der Kindertagesstätte St. Quirinus Perl an die mindestbietende Firma MALS aus Schmelz.

### **Grundstücksangelegenheiten**

Der Gemeinderat beschloss einstimmig den Ankauf eines Grundstücks im Gemeindebezirk Perl.